Nr. 53 4. Dezember 1969 10 Pf

BSZ

Bochumer Studenten Zeitung

universität bochum und klinikum essen

Studentenschaft international — Seite 2

Studentische Oppositionen im SP — Seite 2

Palästina: Die FDPLP — Seite 2

Song My - Oradour — Seite 3

Studentische Hilfskräfte, wehrt Euch!

Im September haben Angestellte verschiedener Stadtwerke, vor allem der äußerst wirksamen Müllabfuhr, gestreikt. Es ging ihnen um einen angemessenen Ausgleich für die Lohnentwertung, die durch die Preissteigerungen entstanden war. Die Gewerkschaft ÖTV hatte die Initiative der Streikenden aufgegriffen (vgl. BSZ Nr. 48) und 15-prozentige Gehaltserhöhung gefordert. Die Bundesregierung hatte sich nach langen Verhandlungen bereitgefunden, bis zum Ablauf des Tarifvertrages (Ende dieses Jahres) eine „Übergangsbeihilfe" von 300 DM an alle Beschäftigten zu zahlen, die nach dem Bundesangestelltentarif (BAT) entlöhnt werden. In diese Regelung waren auch die Teilzeitbeschäftigten eingeschlossen, die die „Übergangsbeihilfe" entsprechend ihrer Arbeitszeit anteilmäßig erhalten sollten, (Sonderanlage 2y) (43 Wochenstunden = 100 Prozent). Die Gruppe der wissenschaftlichen und studentischen Hilfskräfte (Aufsplitterung der ursprünglich generell „wissenschaftliche Hilfskräfte" Genannten in diese beiden Kategorien besteht seit dem WS 1965/66), die man mit Fug ebenfalls als Teilzeitbeschäftigte einstufen kann, fällt jedoch aus dieser Regelung heraus. Ebenso wie sie von den Wahlen des Personalrats ausgeschlossen sind, soll ihnen auch das Recht, an dieser von ihren Kollegen erstreikten Übergangsvergütung beteiligt zu sein, vorenthalten werden. Betroffen sind von dieser Maßnahme der Regierung Kühn-Weyer an der RUB mehrere hundert Kommilitonen, die darauf angewiesen sind, zur Finanzierung ihres Studiums eine Hilfskraftstelle zu übernehmen (monatliche Entlohnung für 100 Stunden 396 DM, ab Januar 70 446 DM, d. h. nur 12,5 Prozent mehr). Nach dem Prinzip „teile und herrsche" wurden jedoch die wissenschaftlichen Hilfskräfte (die für ebenfalls 100 Stunden 696 DM — ab Januar 713 DM — erhalten, auch wenn sich ihre Arbeit von der der studentischen Hilfskräfte nicht wesentlich unterscheidet) dennoch berücksichtigt: sie erhalten eine Pauschale von 150 DM, während die studentischen Hilfskräfte völlig leer ausgehen sollen. In beiden Fällen handelt es sich um Teilzeitbeschäftigte, die bisher als nicht in den Einflußbereich der ÖTV fallend betrachtet werden, obgleich sich ihre Funktion von der anderer Angestellter kaum unterscheidet.

Auch in einer anderen Hinsicht sollen studentische Hilfskräfte zukünftig diskriminiert werden. Laut Vertrag steht ihnen Urlaub und Weihnachtsgeld (50 Prozent des Monatsgehalts) zu, wenn ihre Verträge über den 31. März hinausgehen. Mit Vorliebe wird daher versucht, solche Verträge mit dem 31. März abschließen zu lassen. Etwas Besonderes haben sich die gut rechnenden Mathematiker einfallen lassen: sie wollen ihre Hilfskräfte nur mehr mit Semesterverträgen ausstatten, um auf diese Weise Urlaub und Weihnachtsgeld ganz einzusparen.

Kommilitonen, laßt Euch diese Benachteiligungen nicht bieten. Überlegt Euch, wie man die berechtigten und die moralischen Ansprüche (Übergangspauschale) durchsetzen kann. **Kommt zahlreich zur Versammlung der wissenschaftlichen und studentischen Hilfskräfte am Montag, den 8. Dezember, um 14 Uhr nach IC I!**

Heimliche Aktivitäten des Wiwi-Prüfungsamtes

Auf der Fachschaftsvollversammlung der Wirtschaftswissenschaftler am 2. Dezember teilte der neue Fachschaftsrat der WiWis (Gebert, Lehmann, Posner, Reimann, Roppel) den versammelten 250 WiWi-Studenten mit, welch repressive und diskriminierende Maßnahmen das Prüfungsamt für WiWi praktiziert. Die Basisgruppe WiWi der Universität Gießen hat herausgefunden, daß das Gießener WiWi-Prüfungsamt nach jedem Zwischenexamen und nach jeder Diplomprüfung eine Liste mit Namen der durchgefallenen Kandidaten bei den meisten Prüfungsämtern des Bundesgebietes publiziert, auch an WiWi-Fakultäten, an denen gar keine Zwischenprüfung existiert. **Dieser Brauch des Gießener Prüfungsamtes beruht auf Gegenseitigkeit, d. h. auch das WiWi-Prüfungsamt der RUB mischt dort kräftig mit.** Diejenigen Gießener Professoren, die zu den sehr seltsamen und unlegalen Maßnahmen ihres Prüfungsamtes Stellung nahmen, zeigten sich vor allem darüber betrof-

Fortsetzung Seite 2

3. Teil:

PERSONAL-„POLITIK"

- diesmal: Prof. Pflug und die UB -

Wenn ein Professor oder ein Verwaltungsmensch eine Zeitschrift aus der Universitätsbibliothek haben will, bekommt er sie (d. h. die einzelnen Hefte), sobald sie hier eintreffen. Ist eine Zeitschrift nicht da, wird sie halt bestellt. Professoren Wunsch (und besonders Kanzlers Wunsch!) ist Pflug bzw. seinen Fachreferenten Befehl. Das Umlaufunwesen verzögert die schnelle Bearbeitung kompletter Bände beträchtlich; es gehen öfter Hefte verloren oder bleiben monatelang in irgendwessen privatem Bücherregal stehen:

Grotesk der Widerspruch zwischen modernster Bibliothek der BRD oder der Welt — weiß der Kuckuck oder Pflug, der sich ja allerorts gern wegen seines ureigensten Prunkstückes loben läßt — und den Arbeitsbedingungen, denen die Mitarbeiter ausgeliefert sind: stickige Luft in der Ablage, Kälte auf den Gängen. Kein Getränke- oder Zigarettenautomat, keine Caféteria, kein Laden in der Umgebung. Morgens kommt ein Milchauto, mittags kann man Mensaessen fressen (nur ein Gericht: man muß im voraus für die ganze Woche bestellen). Eine Lappalie: Die Ablage (dort werden die eingehenden Hefte abgelegt, bis die Bände komplett sind und zum Binden rausgehen) wurde in einen anderen Raum verlegt. Die alte Ablage war zu klein; die Leute mußten auf eine klapprige Leiter klettern, um an die Zeitschriften überhaupt heranzukommen. Die neue Ablage mußte mit Ablagenummern versehen werden, d. h. für jeden Zeitschriftentitel gibt es eine Nummer, die ihren Platz im Regal bezeichnet. Das Numerieren ging so: man schnitt von einer Rolle Tesaband jeweils ein Stück ab, klebte es auf und beschriftete es mittels Filzstift mit der entsprechenden Nummer. Zum Teil mußte man auf den Fußboden rutschen, um an die unteren Fächer ranzukommen. Es gibt über 4000 Zeitschriften in der UB, die alle ihr Ablagenümmerchen haben ... Das nur zur Illustration der Verselbständigung eines Apparates, der seine Funktion als Hilfsmittel längst hinter sich gelassen hat; den die Menschen, die mit ihm (in Wirklichkeit: für ihn) arbeiten, längst nicht mehr überschauen. Die Erhaltung und Erweiterung dient dem so zum Fetisch gewordenen Apparat um seiner selbst willen, nicht aber seiner Brauchbarkeit für den Benutzer. ADO heißt sie, die Allgemeine Dienstordnung, erlassen für die Mitarbeiter in der UB, erlassen von Prof. Pflug. Der Personalrat machte Pflug darauf aufmerksam, daß er, der Personalrat, bei ADOs hinzugezogen werden muß. Pflug wußte das angeblich nicht. Was er aber wußte, das formulierte er im Paragraphen 13 der ADO:

„Alle Mitglieder werden auf die Verordnung gegen Bestechung und Geheimnisverrat vom 22. 5. 1943 und die gesetzlichen Bestimmungen zur Amtsverschwiegenheit (§ 353 BStGB) hingewiesen. Demzufolge sind sie zu Stillschweigen über innerdienstliche Vorgänge verpflichtet. Sie sind vor allen Dingen

Fortsetzung Seite 2

Höchst: wirksam

Der IG-Farben-Nachfolgekonzern Farbwerke Höchst unterhält seit kurzem in Saigon ein Zweigwerk, in dem er „Pflanzenschutzmittel" produziert und der Regierung Thieu verkauft. Seit einiger Zeit schon wurden seitens der US-Army und ihrer südvietnamesischen Marionetten Versuche mit solchen Mitteln per Flugzeugabwurf auf Felder in vom FNL verwalteten Gebieten durchgeführt: mit durchschlagendem Erfolg.

Auf westdeutschem Boden — gedacht ist an den Raum Bremerhaven — will der US-Chemiekonzern Dow Chemical, der sich durch die Herstellung höchst wirksamer „Schädlingsbekämpfungsmittel" auszeichnet, eine Filiale errichten. Ob das zusammenhängt mit dem Versprechen Nixons, daß auf amerikanischem Boden BC-Waffen nicht mehr hergestellt werden?

höchst wirksam

Vor etwa drei Wochen war der Kanzler Dr. jur. Seel auf die glorreiche Idee verfallen, in der Abt. VIII dem Statistiker Hofmann seine drei Hilfskraftstellen zu streichen. Und das, obgleich dessen Übung für Statistik, die im Vorlesungsverzeichnis ordnungsgemäß angekündigt war, für das Grundstudium der Sozialwissenschaften unerläßlich ist. Seel gab für seinen Eingriff in die Rechte der Abteilung Haushaltsgründe an.

Gegen die Bevormundung der Fakultät durch die Verwaltung wurde zunächst Dekan Weber-Schäfer bei Seel vorstellig. Dann ließen die Sowi-Studenten den Kanzler durch Vollversammlungsbeschluß wissen, daß sie keine Garantie übernähmen, wenn die durch dessen Maßnahme provozierte Unruhe zu Sachschäden führe, die jene Einsparung überträfen.

Der Kanzler zeigte Einsicht: wenige Tage später waren die Hilfskräfte wieder eingestellt.

Kampf gegen das Hochschulgesetz

abgeschlafft?

Nur 400 Studenten versammelten sich vor einer Woche zum ersten teach-in über den neuen Hochschulgesetzentwurf der Landesregierung. In den vorangegangenen AStA-Infos war immer wieder nachgewiesen worden, daß der neue Entwurf noch härtere Maßnahmen zur Disziplinierung des Studiums vorsieht als der alte, im Sommer von Kühn zurückgezogene.

Um die uns betreffenden Regelungen nochmals aufzuzählen:

Studienjahr, Vor- und Zwischenprüfungen, Zwangsexmatrikulation, Numerus clausus, Ordnungsrecht und totale Staatsaufsicht.

Dennoch — und das beweist u. a. die Teilnehmerzahl beim letzten teach-in — interessieren sich zwar die meisten Kommilitonen für den neuen Entwurf, sind aber anscheinend nicht bereit, irgendetwas dagegen zu unternehmen. Gehen wir davon aus, daß kein vernünftiger Mensch gegen seine eigenen Interessen handelt, so kann hinter diesem merkwürdigen Verhalten der meisten Kommilitonen nur das Bewußtsein stehen, daß irgendwer ihre Interessen schon vertreten werde. Und in der Tat, hat der selbe Prozeß nicht schon einmal stattgefunden? Vor genau einem Jahr platzte eine Vollversammlung deshalb, weil die Ordinarien des Klinikums Essen „ihre" Studenten mit Bussen und dem Versprechen, es werde sich schon auszahlen, gegen die bösen Linken zu stimmen, nach Bochum schickten. Die Mehrheit der Vollversammlung war gegen Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung der studentischen Widerstandsformen.

Seitdem mauschelte der AStA-Kasper-Boulboullé an einsamer Front die Bochumer Verfassung aus. Er konnte sich nicht mehr darauf berufen, daß die Studenten die Forderungen des AStA unterstützen, und ließ sich auf die übelsten Kompromisse ein. Dementsprechend fiel die Uni-Verfassung aus. Den Studenten aber wurde von Seiten der Professoren und der rechten Hochschulgruppen diese Verfassung als ungeheurer Fortschritt verkauft.

Dies Bewußtsein, daß sich in den fehlgeschlagenen Kämpfen um die Verfassung gebildet hat, setzt sich fort auf die Bekämpfung des Hochschulgesetzes. Dementsprechend heißt auch der letzte Satz der bei der o. g. Vollversammlung verabschiedeten Resolution: „Der AStA wird beauftragt, einen Streik vorzubereiten." Nicht die dort versammelten Studenten also kümmern sich um den Kampf gegen das Hochschulgesetz, sondern selbstverständlich der AStA, der somit wieder dafür verantwortlich ist, daß irgendwelche Maßnahmen für die Durchsetzung studentischer Interessen stattfinden. Nicht also die Betroffenen selber, sondern ein von ihnen betrautes Gremium, hier der AStA.

Welche Lehren können wir daraus ziehen? Unsere Hauptaufgabe in den nächsten Wochen muß darin bestehen, daß hier aufgezeigte und kritisierte Bewußtsein zu zerstören, die Studenten für die Wahrnehmung ihrer Interessen zu mobilisieren und ihnen das Bewußtsein ihrer Stärke wiederzugeben.

Die offenbarsten Interessen der Studenten sind an ihren Arbeitsplätzen, in den Abteilungen also, zu finden.

Wir sehen deshalb unsere wichtigste Aufgabe darin, durch Kämpfe in den Abteilungen die große Masse der Studenten gegen das HSchG zu mobilisieren. Das soll geschehen durch Auseinandersetzungen um Abteilungssatzungen und Prüfungsordnungen sowie bestimmte abteilungsspezifische Probleme. In solchen Kampagnen können die Studenten das Bewußtsein ihrer Macht wiedergewinnen, die in der Bedingungslosigkeit ihres solidarischen Handelns besteht. Gleichzeitig bedeutet jeder Erfolg in einer Abteilung eine verbesserte Ausgangsposition für den Kampf gegen das Hochschulgesetz, denn je mehr wir zu verlieren haben, um so bestimmter werden wir für die erreichten Positionen eintreten. Hier erhält Abteilungspolitik auch ihren generalisierenden Nenner; geht es doch nicht mehr um Abt. XY, sondern um die dort errungene **studentische Macht.** Ein weiterer wesentlicher Gesichtpunkt, der verhindert, daß eine bloß bornierte Abteilungspolitik betrieben wird, ist unsere langfristige organisatorische Konzeption. Gemeint ist die Organisation in Studienkollektiven, die das Prüfungssystem unterlaufen und den Widerstand in die Lehrveranstaltungen tragen wollen. Es handelt sich dabei nicht einfach um „Nachbarschaftshilfe" (so bei den Historikern), sondern um die notwendige dezentrale Organisationsform für die Kritik und Aufhebung der immer drückender werdenden Arbeitsbedingungen. Die Proble-

Fortsetzung Seite 4

RESOLUTION

Der AStA hatte am 27. November die Studenten zu einer Vollversammlung gegen das bevorstehende Hochschulgesetz aufgerufen. Gekommen waren rund 400 Kommilitonen, die nach mehrstündiger Diskussion bei nur 10 Gegenstimmen folgende Resolution verabschiedeten:

„Wir stellen fest, daß auch der neue Hochschulgesetzentwurf der Landesregierung nicht die essentiellen studentischen Forderungen nach realer Mitbestimmung im Wissenschaftsprozeß und Selbstbestimmung des Studiums erfüllt. Stattdessen enthält der Entwurf ein differenziertes Instrumentarium von Disziplinierungsmaßnahmen, das die Einlösung dieser Forderungen durch den demokratischen Kampf der Studenten unmöglich macht und machen soll.

Solange kein Entwurf vorliegt, der unsere o. g. beiden Grundforderungen erfüllt, sehen wir keine Diskussionsgrundlage für weitere Einzelverbesserungen.

Die Regelungen des Entwurfs bedeuten so einschneidende Maßnahmen für alle Studenten, daß wir uns gezwungen sehen, diesen Entwurf mit allen Kräften zu bekämpfen.

Wir werden deshalb an unserer Universität auf der Grundlage unserer Hauptforderungen: Selbstbestimmung des Studiums, reale Mitbestimmung bei allen Entscheidungen, Gegenpositionen gegen den Hochschulgesetzentwurf aufbauen.

Wir werden verfahren, als ob die Bochumer Verfassung in allen Punkten genehmigt sei.

Der AStA wird beauftragt, einen Streik vorzubereiten."

Religiöse Betreuung

Ein studentischer Aushilfslehrer für den Religionsunterricht einer Bochumer Berufsschule wurde entlassen, nachdem er seine Schüler davon in Kenntnis gesetzt hatte, daß Religion kein Pflichtfach sei.

Drei seiner Schüler hatten daraufhin Befreiungsanträge an den Rektor der Schule eingereicht, die dieser jedoch in ihrem Beisein zerriß. Der Lehrer, ob dieser Mißachtung eines Grundrechts erzürnt, ermutigte die Schüler erneut zur Ausfüllung eines Antrags und gab sie selbst dem Rektor ab.

Während der folgenden Unterrichtsstunde platzte der Rektor in den Klassenraum und teilte dem Lehrer mit, daß er fristlos entlassen sei. Begründung: er plädiere selbst für die Nutzlosigkeit des Unterrichts, wenn er den Schülern das Fernbleiben gestatte.

Statt seiner wurde kurzfristig ein anderer Lehrer mit dem Religionsunterricht betraut. Religion ist offenbar für die Berufsausbildung von qualifizierten Arbeitskräften bei uns noch immer unentbehrlich.

Numerus clausus an Kölner WisoFak?

Vor einer Woche hat die WiSo-Fakultät der Universität zu Köln beschlossen, beim Kultusministerium die Einführung eines Numerus clausus von **160** Zulassungen zu beantragen. Der Antrag der Kölner Studenten, vorher eine Konferenz aller WiSo-Fakultäten in NRW einzuberufen, da der Kölner Numerus clausus ja die Interessen der anderen Unis empfindlich berühre, ist damit mißachtet worden. Im laufenden Semester beträgt die Zahl der Erstbewerber in Köln 520. Bei Einführung des Numerus clausus würden demnach zwei Drittel aller Bewerber abgewiesen. Diese müßten sich dann auf die anderen Universitäten des Landes verteilen, was zur Folge hätte, daß auch die **Bochumer WiWi-Abteilung 1970 den Numerus clausus einführen müßte. Zur Zeit besteht in Abteilung VII schon ein versteckter Numerus clausus: bei Zwischenprüfungen werden regelmäßig 40 Prozent der Bewerber und bei Diplomprüfungen nochmals 30 Prozent der Kandidaten herausgeprüft!**

wywizs
Schreibmaschinen Billige Sonderangebote
Bochum Südring 19

Studentenschaft -international

Frankreich

Der Streik der Medizinstudenten (s. BSZ Nr. 52) dauert nun bereits über einen Monat an, und ein Ende ist noch nicht abzusehen, da die Studenten auf einer Aufhebung des Ministerialerlasses über das Aussiebungsverfahren nach einem Studienjahr bestehen. Die Regierung beginnt wieder, ihre Zähne zu zeigen, seit nach der DM-Aufwertung einige Milliarden Devisen nach Paris zurückgekehrt sind. Aber die Studenten haben keine Angst vor der Eskalation: am 28. November kam es zu ausgedehnten Demonstrationen. Dabei wurde das Verwaltungsbüro von Paris-Nanterre von Studenten besetzt und der Dekan festgenommen.

CSR

Am 17. November „feierte" man in Prag den „Tag des Studenten" zum Andenken an die tschechischen und slowakischen Opfer des deutschen Faschismus. Dazu war die philosophische Fakultät vorsorglich geschlossen worden, außerdem patrouillierten schwerbewaffnete Polizei und Armee auf dem Wenzelsplatz sowie vor dem Oslany-Friedhof, auf dem Jan Palach begraben ist. Minister Hrbeck hielt eine unfreiwillig doppeldeutige Rede. Er sagte: „Wie 1939 verwendet der Imperialismus auch heute die Taktik des trojanischen Pferdes, indem er fünfte Kolonnen in den Ländern aufbaut, die er unterwerfen will." Er meinte damit den westdeutschen Imperialismus, den zu verharmlosen uns fernliegt. Aber — ist das denn der einzige Imperialismus, der sich für die CSR interessiert? Sollte es gar keinen anderen geben? Offenbar befürchteten Hrbeck und Konsorten bei den Studenten Mißverständnisse, sonst hätten sie wohl kaum inzwischen mehrere Studenten, die an den antisowjetischen „Eishockey"-Demonstrationen teilgenommen hatten, zu Gefängnisstrafen verurteilt, die sich mit den Terrorurteilen der westdeutschen Justiz durchaus messen können (15 Monate).

Portugal

In der letzten Woche gingen in der Universitätsstadt Coimbra mehr als 2000 Studenten auf die Straße, um gegen diktatorische Maßnahmen von Regierung und Klerus zu protestieren. Erst in den Morgenstunden des Mittwochs gelang es starken Polizeikräften, den Demonstrationszug aufzulösen. Verletzte gab es, laut Stellungnahme der Polizei keine. Zur gleichen Zeit demonstrierten in der südlich von Coimbra gelegenen Stadt Entroncamento 50 katholische Geistliche ihre „Progressivität". Sie erörterten in Ruhe und Ordnung die Möglichkeiten einer Liberalisierung der portugiesischen Kirchengesetze.

Japan

Als der japanische Premierminister Sato vor kurzem zu seinem Boß Nixon nach Washington flog, um in einem schmählichen Lakaienkuhhandel Okinawa gegen die Zusicherung japanischer Teilnahme an der „Aufrechterhaltung von Ruhe und Frieden" in Korea, Taiwan, Vietnam usw. zurückzuerhalten, organisierten die japanischen Sozialisten mächtige Protestkundgebungen. Wie immer standen die marxistisch-leninistischen Studenten in vorderster Reihe in den schweren Schlachten gegen die Polizei. Die U-Bahn in Tokio wurde stundenlang lahmgelegt, ebenso der Verkehr in der Innenstadt. Sato mußte sich hinter Wällen von Polizei heimlich zum Flugplatz schleichen, um zu seinem Boß zu kommen. Derweil traten die Eisenbahner in Streik, um gegen den Transport amerikanischen Kriegsmaterials für Vietnam zu protestieren.

Die FDPLP

- demokratische Volksfront zur Befreiung Palästinas -

Während der Weltöffentlichkeit El Fatah sehr bekannt ist, wird die bewaffnete Befreiungsbewegung in Palästina von noch anderen Widerstandsorganisationen geführt. Die FDPLP — demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas — stellt den linken Flügel der Befreiungsorganisationen dar, der sich zum Sozialismus bekennt und auf den Marxismus-Leninismus stützt.

Die FDPLP konstituierte sich erst im August 1968, was jedoch nicht heißt, daß ihre Kader im bewaffneten Kampf neu sind, vielmehr haben sie zum größten Teil schon vorher daran teilgenommen.

Nach dem Junikrieg hatte sich aus der Nationalen arabischen Bewegung Sektion Palästina und den Kräften, die heute der FDPLP angehören, die FPLP — Volksfront zur Befreiung Palästinas — gebildet.

Die Nationale arabische Bewegung ist — wie die Baath-Partei, die nach 1958 in Syrien stark war und über eine Massenbasis verfügte — eine panarabische Bewegung, die davon ausgeht, daß die Lösung des palästinensischen Problems in der Vereinigung der arabischen Staaten liege. Sie sympathisierte daher mit Nasser und seinen Bestrebungen.

In der Tat ist diese Bewegung ein Produkt der Kleinbourgeoisie, die ihre Machtstellungen durch verschiedene politische Institutionen und revolutionäre Parolen heute noch zu behalten sucht (mit Unterstützung der UdSSR).

Die FPLP hat sich besonders hervorgetan durch die Bombenaktion auf dem zentralen Bus-Bahnhof in Tel Aviv im August 1968 (wobei es zahlreiche Tote und Verletzte gab) sowie durch Anschläge auf Flugzeuge der israelitischen El Al in Algerien, Athen und Zürich (vgl. zur Zeit den Prozeß in Winterthur). Die Spaltung der FPLP war unvermeidlich, da die beiden Flügel in Widerspruch zueinander stehen und der rechte Flügel sich nicht von seiner kleinbürgerlich-schwankenden Linie lösen konnte.

Strategie und Taktik der FDPLP beruhen dagegen auf einer genauen Analyse der Geschichte Palästinas, der Rolle der arabischen Staaten in derselben und des Stellenwerts der Palästinafrage in der weltweiten politischen Auseinandersetzung. Die FDPLP ist überzeugt, daß die arabischen Staaten allgemein und die jordanische Monarchie speziell die Palästinenser daran hinderten, ihre Probleme selbst in die Hand zu nehmen, d. h. sich zu bewaffnen und den Kampf aufzunehmen. Sie sieht die Hindernisse in der Struktur dieser Staaten. Dennoch kann nach ihrer Ansicht die palästinensische Frage nicht von den arabischen Staaten getrennt werden, d. h. von der sozialen Revolution, die dort durchgeführt werden muß. Sie hält es für illusorisch, anzunehmen, daß ein Verzicht auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieser Staaten automatisch einen Verzicht dieser Staaten auf Einmischung in den palästinensischen Befreiungskampf bedeutet. Eines der palästinensischen Grundprobleme ist gerade die Verflechtung der arabischen Staaten.

Zugleich sieht die FDPLP, daß die meisten arabischen Staaten vom Palästinaproblem nicht unbeeinflußt geblieben sind. Diese Staaten müssen kritisch analysiert werden, um zu zeigen, inwieweit einerseits verschiedene arabische Staaten mit dem Imperialismus kollaborieren, andererseits die kleinbürgerlichen Regimes unfähig sind, den revolutionären Krieg gegen Israel und den Imperialismus voranzutreiben.

Die FDPLP, die von El Fatah des Sektierertums und des Linksradikalismus bezichtigt wird, wirft ihrerseits El Fatah vor, ihre Führung sei rechtsgerichtet und bringe die Bewegung in die Gefahr, von den arabischen Regimes integriert zu werden. Sie hält ihr vor, daß sie sich nicht genügend um eine Massenbasis bei der arabischen Bevölkerung bemühe und unfähig sei, ihre derzeitigen Kommandounternehmungen in einen Volkskrieg überzuleiten.

Auch mit Kritik an der reformistischen Linie der KP Jordaniens (die sich mit der Kritik anderer palästinensischer Organisationen deckt) wird nicht gespart, vor allem bezüglich ihrer Gefolgstreue gegenüber der sowjetischen Politik, was sich am deutlichsten darin zeigt, daß diese KP die Resolution des UNO-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 akzeptiert (Rückzug der israelischen Truppen auf die Grenzen vor Juni 1967), die einen Kompromiß darstellt, der zu Lasten der Interessen des palästinensischen Volkes geht.

Auf politischer Ebene hat die FDPLP sich bemüht, einen Kern politisch ausgebildeter Kämpfer aus dem Volk zu schaffen, die weder Rang noch Lohn kennen. Ferner bildet die FDPLP bewegliche Einheiten aus, die ihr Leben mit den Flüchtlingen teilen, um so praktische Erfahrungen bei der Arbeit mit den Massen zu gewinnen. Sie verfügt über Basen in Ostjordanien, die politische Aufklärung und Agitation betreiben, und sie schickt Kommandos aus, die die israelischen Verbindungswege und die Wirtschaft treffen sollen.

Für viele arabische Marxisten stellt die FDPLP die Alternative dar, um die Probleme der arabischen nationalen Befreiung zu lösen, was erfolgreich nur sein kann, wenn einmal die wissenschaftliche Analyse der arabischen Gesellschaften sowie der Staaten und ihrer Beziehungen zur Palästinafrage geleistet wird, zum andern aufgrund dieser Analyse Strategie und Taktik entwickelt und die darauf basierenden Aktionen ohne Rücksicht auf die Interessen der arabischen Regimes ausgeführt werden.

Inzwischen haben sich Kader der KP des Irak, Widerstandsgruppen aus Algerien, Tunesien und Marokko der FDPLP angeschlossen und beteiligen sich an der bewaffneten Befreiungsbewegung.

Die jüngsten Aktionen der FDPLP zeigen, daß versucht wird, die Kommandounternehmungen in den Volkskrieg zu überführen. Die Aktionen „Rote Linie" und „Ho Tschi Minh" sind Ausdruck breitorganisierter und strategisch durchdachter Planung:

- **„Rote Linie":** Guerrilleros der FDPLP griffen Mitte dieses Jahres gleichzeitig sieben israelische Stellungen auf den von der israelischen Armee besetzten syrischen Gholan-Höhen an, besetzten drei Stellungen und hißten dort die palästinensische und die rote Fahne.
- **„Ho Tschi Minh":** Kommandos der FDPLP griffen im Oktober 5 israelische Stellungen und eine israelische Patrouille an und besetzten das Dorf Bier Adjem und die Städte Kuneitra und Hamiedejah. Auf den Schulgebäuden wurde die palästinensische Fahne und zum Andenken an den verstorbenen Genossen Ho die rote Fahne gehißt.

Diese Aktionen sollen eine neue Entwicklung anzeigen, bei der die Fixierung auf individuelle Heldentaten (im Stil der FPLP) abgeschafft ist.

Aus dem Programmentwurf der FDPLP zur nationalen Einheit geht hervor: Die jüdische Bevölkerung in Palästina war einer langen Unterdrückung in Europa unterworfen, für die das Kapital dieser Länder hauptverantwortlich ist. Die Lösung der Judenfrage liegt in der sozialistischen Revolution. Die nationale Einheitsfront kämpft für die Abschaffung des rassistischen Staates Israel und den Aufbau eines volksdemokratischen palästinensischen Staates, in dem Juden und Araber gleichberechtigt leben, da nur ein solcher Staat ein friedliches Zusammenleben beider Volksgruppen garantieren kann. Der volksdemokratische palästinensische Staat muß jede Ausbeutung, nationale Unterdrückung und jeden Rassismus aufheben. Deshalb ruft die palästinensische Einheitsfront alle sozialistischen und progressiven israelischen und jüdischen Gruppen auf, sich der palästinensischen Widerstandsbewegung anzuschließen.

Die studentische Opposition im SP hat das Wort:

Anmerkung der Redaktion: Dieser Beitrag der studentenparlamentarischen Opposition (BSU, FHV, RCDS) entspricht nicht der Meinung der Redaktion.

☆

Abt. III
NACHWAHL fürs SP
Wahlberechtigt: 596 Studenten.
Abgegebene Stimmen: 116 = 19,46%
Gewählt: Werner Lehrke (SDS) 90 = 78,26%
Auf Jost (FHV) entfielen 25 Stimmen = 21,73%
Ungültig: 1 Stimme (Der Kommilitone wählte Prof. Heckhausen).

Päd. Hochschulen: Streiks

Essen

Am vergangenen Montag traten an der PH Essen etwa 1600 Studenten in einen einwöchigen Warnstreik. Forderungen der Streikenden: Unverzügliche Beseitigung der Raumnot (die PH Essen war für maximal 800 Studenten geplant; augenblickliche Anzahl der Studierenden: 1600);

Einrichtung mindestens zehn neuer Lehrstühle (so findet z. B. ein Pädagogik-Seminar mittlerweile in der Aula statt, da die Teilnehmerzahl bei 600 Studenten liegt. „Diskussionen" werden durch wenige tragbare Mikrophone ermöglicht).

Vorläufiges Ergebnis: Einige CDU- und SPD-Apparatschiks erschienen zwecks Imagepflege. Verbindliche Auskünfte oder gar Lösungen mochte keiner geben; die Streikleitung bemerkte lakonisch, daß z. B. der Kulturausschußvorsitzende von NRW, Bargmann „über die Zukunft der Pädagogischen Hochschule Essen keine zufriedenstellende Aussagen machen konnte".

Köln

Mit der gleichen Begründung wie ihre Essener Kommilitonen (wegen der „untragbaren räumlichen und personellen Verhältnisse") traten am Dienstag 2800 Kölner PH-Studenten in einen unbefristeten Streik (offensichtlich wußten sie schon um die Progressivität und Reformfreudigkeit der Kulturverweser vom Schlage Bargmann).

Niedersachsen

Auch an den sieben Abteilungen der PH Niedersachsen wird seit Dienstag gestreikt. Mehr als 8000 Studenten beschlossen als erste Kampfmaßnahme gegen die katastrophalen Studienbedingungen einen dreitägigen Warnstreik durchzuführen.

Personal-„Politik"

- Fortsetzung von Seite 1 -

nicht berechtigt, in der Öffentlichkeit Erklärungen über Zustände und Vorgänge in der Universitätsbibliothek abzugeben. Zu Erklärungen gegenüber der Presse ist ausschließlich der Direktor der Universitätsbibliothek oder ein von ihm beauftragter Mitarbeiter berechtigt."

Daß Herr Pflug als Alleinherrscher über die UB auch mit Vorliebe allein der Presse zu Erklärungen zur Verfügung steht, ist schon bekannt, verschwiegen wurde aber bisher, **daß Pflug jedem Angestellten und Arbeiter der UB verboten hat, etwas über die UB einem anderen mitzuteilen.** Zustände in der UB unterliegen nach Pflug nicht nur den Bestimmungen zur Amtsverschwiegenheit; er besinnt sich auch noch auf eine Verordnung der Nazi-Kriegsmaschinerie aus dem Jahre 1943, die sich auf Bestechung und Geheimnisverrat bezieht. **Möge er die BSZ-Redaktion nun aufgrund von Geheimnisverrat anzeigen, denn schließlich haben wir am Anfang dieses Artikels Geheimnisse über die Numerierung und das Ablagesystem von Zeitschriften der Öffentlichkeit bekannt gemacht. Und noch weitere Geheimnisse werden folgen!**

Welchen Bevormundungen die Mitarbeiter in der UB von Herrn Pflug ausgesetzt sind, spiegelt sich in § 29 Pausen wider:

„(2) Mitarbeiter, deren Arbeitszeit fünf Stunden am Tag nicht übersteigt, haben keinen Anspruch auf eine Pause während der Arbeitszeit.
(3) Die Einnahme von Speisen und Getränken außerhalb der Mittagspause darf nicht zu einer Unterbrechung der Arbeit führen."

§ 30 Feiern:

„Gratulationen zu Geburtstagen und ähnlichen Anlässen sind auf ein Mindestmaß zu beschränken. Feiern aus diesen Anlässen während der Dienstzeit und in den Diensträumen sind nicht zulässig."

Man muß Herrn Pflug aber gerechterweise auch zubilligen, daß er sehr um das Wohl seiner Mitarbeiter besorgt ist. Nicht nur nach Feierabend und im Urlaub, auch in privaten Angelegenheiten seiner Mitarbeiter steht er jederzeit gern bereit, um ihnen zu helfen:

§ 32 Urlaub:

... (3) **Mitarbeiter, die ihren Urlaub oder die Teile ihres Urlaubs außerhalb ihres Wohnortes verbringen, müssen vor Antritt des Urlaubs ihre Ferienadresse angeben."**

(Ist er nicht rührend, unser Herr Pflug? Oder hat er hier nur der Bundeswehr nachgeeifert, die von ihren Staatsbürgern in Uniform die gleichen Angaben erwartet?)

§ 33 Arbeitsbefreiung:

„(2) Auch kurzfristige Arbeitsbefreiung von einigen Stunden kann nur in dringenden Fällen gewährt werden. **Arztbesuche, vor allen Dingen zur Heilbehandlung, sind in der Regel in die Freizeit zu verlegen.**
(3) Die UB hat das Recht, über die Notwendigkeit von Arztbesuchen wärend der Arbeitszeit eine Bescheinigung des Arztes zu fordern.
(4) Die Führung privater Prozesse ist nicht Angelegenheit des Dienstes. Besuche bei Rechtsanwälten sind außerhalb der Arbeitszeit zu erledigen. Zur Wahrnehmung von Terminen muß ggf. Urlaub genommen werden."

§ 35 Krankheit:

„(1) ... Leichte Unpäßlichkeiten sind kein Grund, dem Dienst fernzubleiben.
(2) ... **Bei der Berechnung dieser Frist von drei Tagen werden auch Feiertage und arbeitsfreie Tage mitgerechnet."**

Wie verbunden sich Prof. Pflug seinen Mitarbeitern fühlt, spricht aus einer Postkarte, die er aus den Sommerferien schickte und die am Schwarzen Brett der UB hing und etwa so lautete:

„Steife Brise, Sonnenschein, und alles Gute, das sind die Voraussetzungen, einen milde gestimmten Chef wiederzusehen."

Unsere Veröffentlichungen zur Personalpolitik werden fortgesetzt.

Parkplatz

An den Kanzler der RUB

Nach der Verlegung der hochherrschaftlichen Schranke von der Unizufahrtstraße zur Parkfläche vor den IA- u. IB-Gebäuden war anzunehmen, daß vom bisherigen Dreiklassenparkrecht abgegangen werden sollte. Dies ist jedoch nicht der Fall: Sehr häufig wird den Studenten die Einfahrt in den von den IA- u. IB-Gebäuden aus gesehen ersten Parkplatz mit der Begründung, er sei besetzt, verweigert. Hatte man dennoch die Frechheit, trotzdem in den Parkplatz hineinzufahren, wurde man von einer erheblichen Anzahl freier Parkplätze überrascht. Systematische Studien von höher gelegenen IA-geschossen aus ergaben, daß diese Diskrepanz zwischen Begründung und Facts Regelmäßigkeit besitzt. — Wir fordern Sie daher auf, den so mißbrauchten Wachmann besser zu verwenden.

Heimliche Aktivitäten

Fortsetzung von Seite 1

fen, daß diese ihre Gewohnheit des Prüfungsamtes den Studenten überhaupt bekannt werden konnte. Sie suchen noch jetzt das Loch in ihrem System.

Immerhin wurde das Gießener Prüfungsamt stark verunsichert und forderte erst einmal ein Rechtsgutachten an und will wahrscheinlich keine Listen mehr publizieren.

Für die WiWi-Abteilung der RUB ergibt sich daraus konkret: **der Vorsitzende des Gießener Prüfungsamtes, Professor Hahn, erklärte in der dortigen Fachschaftsvollversammlung, entsprechende Listen mit den Namen durchgefallener Examenskandidaten erhielte er von den Universitäten Berlin, Bochum, Freiburg, Karlsruhe, Mannheim, Bonn, Würzburg und Tübingen.** Eine eidesstattliche Erklärung über die Aussage Professor Hahns kann jederzeit abgegeben werden.

Das Bochumer Prüfungsamt der Abteilung WiWi mit seinem Vorsitzenden Prof. Schilcher hat also jahrelang Listen mit den Namen der durchgefallenen ZP- und Diplomkandidaten an andere Universitäten gesandt. Die am vergangenen Dienstag in der Bochumer Fachschaftsversammlung anwesenden 250 WiWi-Studenten haben sich entschieden gegen diese Diskriminierung seitens des Schilcherschen Prüfungsamtes und die daraus entstehenden psychologischen und sachlichen Nachteile ausgesprochen. Sie unterstützen den Fachschaftsrat und die studentischen Mitglieder der Fakultät, die auf der nächsten Fakultätssitzung 1. eine Stellungnahme seitens der Professoren dazu (vor allem auch von Herrn Schilcher) und 2. die sofortige Einstellung der Weitergabe von Namenslisten durchgefallener Kandidaten fordern sollen. Werden die studentischen Forderungen nicht erfüllt, sind die Studenten der Abteilung VII bereit, die Fakultätssitzung, die bisher von den Professoren noch als nicht öffentlich und damit als **geheim** postuliert wird, durch ein Go-In öffentlich zu machen, die studentischen Forderungen ultimativ zu stellen und die Veröffentlichung aller Unterlagen des Prüfungsamtes und des Dekanates mit allen Mitteln zu erreichen, so wie es auch die Studenten der Abteilung VIII durchführten, als sie die Akten über Berufungsangelegenheiten der Abteilung einsahen, die **streng geheimen** Dokumente fotokopierten und als Broschüre veröffentlichten.

(Vergl. BSZ Nr. 51)

Anzeige

Nachhilfeunterricht oder Beaufsichtigung der Schulaufgaben möglichst täglich für Untersekundaner gewünscht. Interessenten wenden sich an BSZ-Redaktion

BfG

steigender Wertzuwachs durch Kapital-Sparen*

* mit Sparschuldverschreibungen der Bank für Gemeinwirtschaft

BfG-Sparschuldverschreibungen
– sind jederzeit voll verfügbar
– sind sparprämienbegünstigt
– können nach dem 312-Mark-Gesetz angelegt werden

Kapital-Sparen:
Die Geldanlage ohne Kursrisiko

An die Bank für Gemeinwirtschaft
463 Bochum, Huestraße 30
Ich bitte um unverbindliche Zusendung des Informationsmaterials über das Kapital-Sparen
Name .....
Ort .....
Straße .....
Bitte deutlich schreiben und ausgefüllten Coupon auf eine Postkarte aufkleben.

Zweigstellen in Gerthe, Hofstede u. Langendreer – BfG Bochum, Telefon 6 07 01–10

Song-My = Oradour

Zunächst die Stimmen der Betroffenen. **Der Bauer Do Chuc:**

„Es war am Morgen. Wir saßen beim Frühstück, als plötzlich Granaten auf das Dorf niedergingen. Das war normal, wir rannten zu den Unterständen. Das Bombardement war ziemlich stark und dauerte fast eine halbe Stunde. Wir haben dann das Gebrumm von Hubschraubern gehört. Es waren acht, groß, mit Waffen und Leuten beladen. Amerikanische Soldaten stiegen heraus und kamen ins Dorf.

Wir hatten keine große Angst, weil schon zweimal welche gekommen waren, ohne uns viel zu tun. Sie befahlen uns, alle rauszukommen, Männer und Frauen, Alte und Junge, auch die Mütter mit den Babies. Sie führten uns einige hundert Meter aus dem Dorf und sagten, wir sollten uns niederhocken. Wir hatten immer noch keine Angst und alles ging ruhig und ohne Aufregung vor sich. Wir wußten nicht genau, was los war, das war alles.

Alle Amerikaner hatten Karabiner. Plötzlich haben wir gesehen, wie mehrere Soldaten eine Waffe aufbauten, die ich nie gesehen hatte, auf einem Gestell. Jetzt kriegten wir große Angst. Die Frauen weinten und die Kinder fingen an zu schreien. Ein Mönch zeigte einem Amerikaner seinen Ausweis, aber der Amerikaner schüttelte den Kopf und sagte: „Sorry".

Dann fingen sie an. Ich bekam sofort etwas ab: einen Schuß in die Beine. Ich fiel um, und andere Körper fielen auf mich. Ich wagte nicht, mich zu rühren, das hat mich gerettet. Ich blieb stundenlang da liegen, bis die Soldaten weg waren. Als alles wieder ruhig war, sind wir Überlebenden nach Son-Tanh gelaufen, um Hilfe zu holen."

Nach dem Opfer der Henker, der Verteidiger der Freiheit **Paul Meadlo:**

„Also er hat gesagt, ich soll anfangen, also hab ich angefangen, ungefähr vier Salven."

Das wären 60 oder 70 Schuß? — „Genau jede Salve 17."

Wieviel Tote?

„Ich hab auf Automatik gestellt. Dabei kann man nicht genau wissen, wieviel. Das geht zu schnell. Vielleicht zehn oder fünfzehn."

Männer, Frauen und Kinder."

„Männer, Frauen und Kinder."

„Babies."

„Babies."

Schrien sie nicht? sagten sie nicht nein, nein?

„Ja, sie schrien nein, nein, und die Mütter versuchten die Babies zu verstecken."

Nixon und Konsorten tun überrascht und drücken sogar ihre „Entrüstung" aus. Allerdings hatte man all das bereits in der FNL-Zeitung „Sud-Vietnam en lutte" vom 15. Mai 1968 lesen können. Auch auf der Weltjuristenkonferenz in Grenoble (6. bis 10. Juli 1968) kam der Fall ausdrücklich zur Sprache (Bericht der FNL-Delegierten Truong Thu Hue). Und dort las man nicht nur von einem Massaker, sondern von fast täglichen und wöchentlichen Massakern. Dazu bestätigte ein Lieutenant der „Zippo"-Brigaden der Division „Americal" („Zippo" heißt ein bekanntes Feuerzeug):

„In einer Woche haben wir Ende Oktober (1967!!) dreizehn Dörfer abgebrannt. Diese Maßnahmen geschehen im Rahmen des Friedensprogramms für die Provinz." — *Wie lange dauert es, ein Dorf zu verbrennen?* —

„Je nachdem. Das hängt vom Wind ab und natürlich auch von der Größe des Dorfes. In einer Free Fire Zone wird erst das Dorf angesteckt, dann kommen die Leute raus. Sie wissen, daß sie erledigt sind. Wir können uns auf einer Höhe aufbauen, wenn die Sicht frei ist. Sonst müssen wir Artillerie oder Luftwaffe anfordern."

Inzwischen steht das alles sogar in bürgerlichen Zeitungen, und trotzdem tut „unsere" sog. linke Regierung noch immer so, als gehöre Nixon nicht genauso wie Göring auf die Anklagebank von Nürnberg, als gebe es einen großen Unterschied zwischen dem deutschen und dem US-Imperialismus.

Wie minimal dieser Unterschied ist, kann man bei Noam Chomsky („Amerika und die neuen Mandarine") nachlesen. **Viele Zeitgenossen Hitlers können mit einem Schein von Aufrichtigkeit behaupten, sie „hätten nichts davon gewußt". Was die bestialische Massenvernichtung des vietnamesischen Volkes angeht, kann niemand mehr behaupten, er wüßte nichts davon.**

Wenn man schon nicht den detaillierten Berichten des FNL glauben will, warum glaubt man nicht wenigstens Leuten wie Russell und Chomsky, die nichts anderes tun, als die für ihren Beruf notwendige wissenschaftliche Logik auf die uns allen zugänglichen Fakten über Vietnam anzuwenden?

Wenn es uns gelänge, die Regierung Brandt zum Abbruch ihrer Beziehungen zum Mörder-Regime Thieu und zur Einstellung jeder Hilfe für den US-Imperialismus in Vietnam zu zwingen, so wäre das eine wichtige und konkrete Erleichterung für unser vietnamesisches Brudervolk, das gegen die schrecklichste Vernichtungsmaschinerie der Geschichte um sein Überleben kämpft.

Wir müssen den Widerstand gegen den US-Imperialismus und seinen Lakaien Brandt jetzt auf neue Bevölkerungsschichten ausdehnen, besonders auf die Arbeiter und Angestellten, aber auch auf die Bauern, indem wir ihnen erklären, daß sie selbst (z. B. durch die Aufwertung) einen Teil der Kosten für das Massaker in Vietnam zahlen müssen.

Die Vietnamveranstaltung von SDS, AStA, Roten Garden und Projektgruppe Internationalismus am 20. Dezember wird folgerichtig sich vor allem an die Arbeiter und Angestellten Bochums richten und daher ihren Zug durch Bochum-Riemke durchführen.

RENAULT 4

Der sicherste Wagen ist der mit der sichersten Straßenlage.

Das ist das Konstruktionsprinzip des Renault 4. Wir wissen, was ihn zum meistgekauften 850er machte: Der robuste und millionenfach bewährte Motor. Und seine Wirtschaftlichkeit. 845 ccm, 26 PS, 5 Türen, 6,4 l/100 km.

C. M. SCHÖTTELDREIER
4630 BOCHUM
Herner Straße 107 · Telefon 1 43 36

In der Bundesrepublik gibt es über 1300 Renault-Servicestationen

Schlör
GETRÄNKE VON INTERNATIONALEM RUF
SCHLÖR-GESELLSCHAFT MBH BOCHUM UND RECKLINGHAUSEN

Gruppe Il Manifesto ausgeschlossen

Die Gruppe von Herausgebern der Zeitschrift „Il Manifesto" (s. BSZ Nr. 51) ist überraschend plötzlich aus der „K"P Italiens ausgeschlossen worden, noch bevor der Termin dafür „reif" zu sein schien.

Auf der Oktober-Sitzung des ZKs war die Entscheidung über Rossana Rossanda, Aldo Natoli und Luigi Pintor (alle drei ZK-Mitglieder) sowie ihre Freunde aufgeschoben worden. Die revisionistischen Bürokraten hatten sogar eine „Diskussion an der Basis" versprochen. Natürlich hatten sie an eine bürokratisch gegängelte „Diskussion" wie z. B. in der SED oder D„K"P gedacht, bei der das Ergebnis schon vorher feststeht. Leider zeigte sich, daß die Basis der „K"PI nicht wie deutsche Revisionisten blindlings marschiert, im Gegenteil: überall, wo die Diskussion in Gang kam, mußten die Bürokraten feststellen, daß die Basis weitgehend mit den Thesen von „Il Manifesto" (d. h. Ablehnung des „friedlichen Weges", Ablehnung des sowjetischen Sozialimperialismus) übereinstimmte.

Die Bosse in der Parteibürokratie bekamen es mit der Angst zu tun: sie merkten plötzlich, wie gefährlich es ist, „Kulturrevolution" zu spielen. Also berief man Hals über Kopf eine Sondersitzung des ZK ein und schloß die Herausgeber der ketzerischen Zeitschrift Hals über Kopf aus.

Aldo Natoli, Abgeordneter von Rom, stellte noch einmal den Standpunkt seiner Freunde dar: nicht sie seien Fraktionisten, vielmehr sei die Mehrheit des ZK fraktionistisch, da sie es ablehne, über eine revolutionäre Strategie zu diskutieren, statt dessen aber gern mit den Reformisten und Rechten über eine Koalitionsregierung plauschen möchte.

Man wird gespannt sein können, was sich aus dieser Spaltung entwickelt. Lucio Magri, der ebenfalls ausgeschlossen wurde, erhielt bereits die Unterstützung seines Kreisverbandes Bergamo. In jedem Falle läßt sich sagen, daß die Abspaltung des linken Flügels der „K"PI eine weitere objektive Aufforderung an die Marxisten-Leninisten Italiens darstellt, sich auf breitester Basis und in enger Fühlung mit den Massen zusammenzuschließen. Mit dem Sektierertum muß Schluß gemacht werden.

Rechtsberatung

in Mietrecht, Sozialrecht, Unterhaltsverpflichtung der Eltern etc.
Baracke VIII
Mo., Di., Fr. 12.30 bis 13.30 h.
Genossen! Die politischen Freunde von der rechten Seite werden uns den Spaß nicht nehmen, hübsche Prozesse in Bochum zu erleben. Die Rädelsführerpraxis der Polizei soll gerichtlich auf einige von uns übertragen werden! Wir müssen unbedingt noch vor Weihnachten die ersten Besprechungen über Argumentation etc. vornehmen! Achtet auf den INFO-Stand wegen der Termine!

Honnefer Modell 1970

Die Studienförderung 1970 wird sich voraussichtlich in folgenden Punkten ändern:

Erhöhung des Förderungsmeßbetrages von DM 320,— auf DM 350,—.

Zahlung der Förderungsbeträge ab Sommersemester 1970 auch in den Semesterferien.

Berechnung der Förderungsbeträge aufgrund des Jahreseinkommens, das zwei Jahre vor dem Förderungszeitraum liegt.

Sofortige Berichtigung der Förderung, wenn eine Einkommensminderung von DM 1200,– im Jahr gegenüber den zugrundegelegten Zahlen eintritt.

Keine Berichtigung der Förderung, wenn eine Einkommenserhöhung gegenüber den zugrundegelegten Zahlen eintritt.

Neue Grundsätze bei der Feststellung und Anrechnung des Vermögens (bei Vermögensanrechnung kann zinsloses Bürgschaftsdarlehn gewährt werden).

Neue Höchstförderungszeiten für Studenten, die im Wintersemester 1969/70 ihr Studium begonnen haben.

Auskunft und Beratung während der Sprechzeiten in der Förderungsabteilung des Akademischen Förderungswerkes, Baracke V, und im Sozialreferat der Studentenschaft, Baracke VIII.

Fragwürdige Trumpfkarte

Nachbemerkungen zur DM-Aufwertung

Die Aufwertung der westdeutschen Mark wurde vorgenommen auf dem Hintergrund einer immer schwerwiegenderen finanziellen und monetären Krise in der kapitalistischen Welt sowie eines noch erbitterteren Bestrebens der monopolkapitalistischen Gruppen verschiedener westlicher Länder, die Last der Krise auf die Schultern der anderen abzuwälzen.

Mit der Verschlimmerung der allgemeinen Krise des Kapitalismus sehen sich in den letzten Jahren die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und viele westliche Staaten mit immer größer werdenden finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten konfrontiert; zudem ist eine Finanzkrise ausgebrochen, die die gesamte kapitalistische Welt einbezieht. Im November 1967 mußte das britische Pfund abgewertet werden. Diesem Vorgang folgte die de facto-Abwertung des US-Dollars, die durch das Unvermögen der USA veranlaßt wurde, den offiziellen Goldkurs auf dem Goldmarkt in der westlichen Welt zu halten. Danach mußte im vergangenen August der französische Franc abgewertet werden. Weil die drei wichtigsten Währungen der westlichen Welt, nämlich das englische Pfund, der US-Dollar und der französische Franc nacheinander in eine Krise gerieten, wurde die westdeutsche Mark, deren Stellung verhältnismäßig stabil war, ein Gegenstand der Spekulation auf den westlichen Finanzmärkten. Seit dem vergangenen April fand bei verschiedenen Gelegenheiten ein starker Verkauf von US-Dollar, britischem Pfund und französischem Franc gegen westdeutsche Mark statt. Das machte das bereits wankende moneotäre und finanzielle System der westlichen Welt noch unstabiler. Unter diesen Umständen wurden die wichtigen kapitalistischen Länder in einen immer heftigeren Kampf verstrickt, in dem sie versuchten, sich selbst dadurch zu retten, daß sie die anderen ertränkten. Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich haben bei der Forderung einer Aufwertung der Mark immer wieder Druck auf Westdeutschland ausgeübt. Sie hofften, nach der Aufwertung könne vielleicht ein Sturm auf die Mark abgefangen und auf diese Weise der Druck auf den US-Dollar, das britische Pfund und den französischen Franc abgeschwächt werden. Darüberhinaus vertrauten sie darauf, daß die Wettbewerbsfähigkeit ihrer eigenen Waren auf dem internationalen Markt durch die entsprechende Preissteigerung westdeutscher Waren als Folge der Aufwertung der westdeutschen Mark verstärkt würde.

Innerhalb der westdeutschen herrschenden Kreise brach ebenfalls eine erbitterte Rauferei über die Neubewertung der Mark aus. Einige begünstigten eine Aufwertung, um den riesigen Zustrom unproduktiven Geldes nach Westdeutschland einzuschränken und um eine Inflation aufzuhalten, so daß eine aus drastischen Preiserhöhungen resultierende Verschärfung der Klassenwidersprüche vermieden werden könnte. Sie versuchten, den Kapitalexport durch eine Neubewertung anzuregen. Andere widersetzten sich jedoch der Neubewertung; sie befürchteten, sie könne Westdeutschlands Exporte und dadurch die industrielle Produktion beeinträchtigen. Erst nach einem erregten inneren Zwist entschieden sich die westdeutschen herrschenden Kreise für eine Neubewertung der Mark.

Eine Neubewertung der westdeutschen Mark kann indessen die Finanzkrise in der kapitalistischen Welt in keiner Weise mildern. Angesichts der Hinfälligkeit des finanziellen und monetären Systems in der kapitalistischen Welt sind die westlichen Finanzkreise noch immer beunruhigt, Hierüber hieß es in einem Kommentar des britischen „Guardian", „die Gefahr eines neuen monetären Chaos" in der westlichen Welt könne durch eine Neubewertung der Mark nicht „vermieden" werden. Die Neubewertung könne nicht gleichzeitig die Schwierigkeiten beseitigen, mit denen Westdeutschland jetzt konfrontiert ist. Ein anderes britisches Blatt, die „Times", wies darauf hin, daß „eine Neubewertung (der Mark) kein Allheilmittel für alle Schwierigkeiten (West-)Deutschlands sein wird". Einige japanische bürgerliche Zeitungen vertraten ebenfalls die Ansicht, daß die westdeutsche Regierung, obwohl sie die „Trumpfkarte" der Neubewertung der Mark ausgespielt habe, „Preissteigerungen" schwerlich in Grenzen halten kann.

(aus: Hsinhua Nachrichten aus der Volksrepublik China vom 22. November 1969)

Der BSZ-Beitrag der Opposition

Dienstag vor einer Woche fand im Studentenparlament die Lesung des Haushaltes 1969/70 statt. Es geht dabei um über 1,4 Millionen DM. Bei der 3. Lesung und damit bei der Verabschiedung dieses Haushaltes stimmten die SP-Vertreter von BSU, FHV und RCDS dagegen. **Sie wollten dem Haushalt nur zustimmen, wenn sie in der BSZ, die vom AStA herausgegeben wird, als Opposition ihre Beiträge publizieren können.** Der AStA und die BSZ-Redaktion boten daraufhin der SP-Opposition Platz in der BSZ an. Doch bis zur Drucklegung dieser Nummer war von BSU, FHV oder RCDS kein Artikel eingegangen. So mußte die Redaktion von dem der SP-Opposition auf Seite 2 zur Verfügung gestellten Raum einen Teil wieder für sich in Anspruch nehmen.

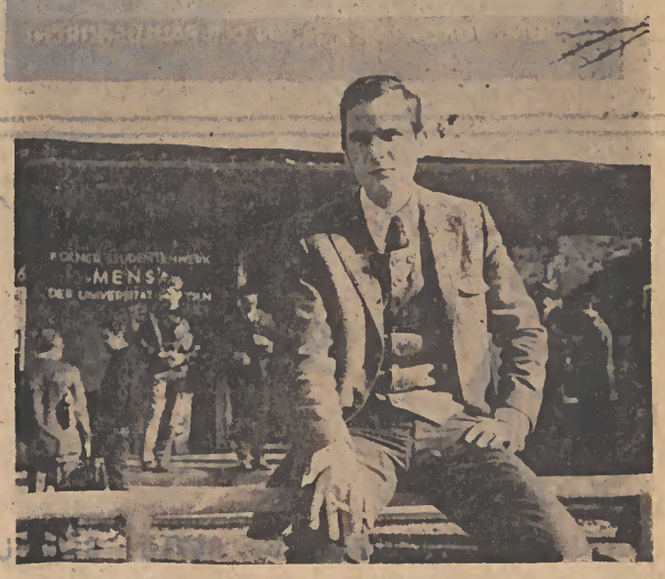
Die Redaktion

WESTFALENBANK
IHRE BANK IN QUERENBURG

Zweigstelle Ruhr-Universität
Lennershofstr. 70
Tel.: 511315

Zweigstelle Bochum-Querenburg
Overbergstr. 7
Tel.: 511012

Sie können Bankgeschäfte jeder Art in beiden Zweigstellen abwickeln. Ihre Studien- und Sozialgebühren können Sie kostenlos bei uns einzahlen.
WESTFALENBANK Aktiengesellschaft Bochum
Huestraße 21-25



Geschafft!

Das Studium liegt hinter ihm.

Morgen holt er die Exmatrikel. Dann beginnt der Existenzkampf. Einen zuverlässigen Partner hat er schon: die DKV.

Ja, Europas größte Privat-Krankenversicherung steht dem jungen Akademiker zur Seite. Im nahtlosen Anschluß an die Studentische Krankenversorgung. Ohne Wartezeiten. Dazu Privatpatient mit allen Annehmlichkeiten.

Conditio sine qua non: der nahtlose Anschluß ist termingebunden. Zwei Monate nach der Exmatrikulation muß er über die Bühne sein!

Wenn Sie schon während des Studiums besondere Krankenversicherungs-Wünsche haben - z.B. eine Krankenhaustagegeld-Versicherung - zitieren Sie bitte den DKV-Studentenberater. Bei der nächsten DKV-Filiale. (Im Telefonbuch leicht zu finden.)

GUTE Besserung mit der DKV DEUTSCHE KRANKENVERSICHERUNGS-A.-G.
Filialdirektion Bochum · Kortumstr. 66
Tel. 60546-48

Das Druckhaus für anspruchsvolle Kunden

Druckhaus Schürmann & Klagges

Bochum
Hans-Böckler-Straße 12-16
Ruf 160 81 - 83

Kaufen Sie
Tabak · Zeitungen
Spirituosen und Lebensmittel
in Ihrer
Trinkhalle Kotthoff
(Mensaparkplatz)
Im Ausschank:
Coca Cola, Sprite eiskalt

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN
trispher
Kleinstlinsen angenehm zu tragen unsichtbar · unzerbrechlich
BRILLEN Hagemann
SÜDRING 20

Jetzt wird es aber höchste Zeit!

. . . denn viele Programme sind schon ausverkauft.

Sichern Sie sich noch schnell einen Platz!

Skireise Rauris	26. 12. – 6. 1.	DM 248,–
Paris	29. 12. – 4. 1.	DM 104,–
Prag	28. 12. – 3. 1.	DM 145,–
USA-Flug	20. 12. – 6. 1.	DM 650,–
Athen-Flug	20. 12. – 6. 1.	DM 290,–

Studenten-Reisedienst Bochum Tel. 51 14 57 Baracke 8, neben der Mensa

ADOLF LOEWE
Büromaschinen · Möbel · Organisation
Bochum · Kortumstraße 95 · Ruf 1 60 41

Der „Echte" ...

ist ein Festgeschenk von höchstem Wert. Wir bieten Ihnen eine Auswahl in Orientteppichen und -brücken, die Sie gesehen haben sollten.

EIN GUTER RAT:
TEPPICHE VON KEIL & KATH
BOCHUM, BONGARDSTR. 28, AN DER PAULUS-KIRCHE

was trinken wir?

Schultheiss Bier

SCHULTHEISS-BRAUEREI AG, BERLIN, BOCHUM

SCHAUSPIELHAUS BOCHUM
Hans Schalla

Spielplan für die Zeit vom 4. bis 17. Dezember 1969
ÄNDERUNGEN VORBEHALTEN

SCHAUSPIELHAUS			KAMMERSPIELE	
15.00	ROTKÄPPCHEN von Schwarz	Do. 4. 12	20.00	4. KAMMERKONZERT
20.00	DER UNBESTECHLICHE von Hofmannsthal			Keine Vorstellung
20.00	LEBEN UND TOD RICHARDS DES ZWEITEN von Shakespeare	Fr. 5. 12.		
20.00	MY FAIR LADY von Lerner/Loewe (G)	Sa. 6. 12.	20.00	AMPHITRYON von Hacks
15.00	ROTKÄPPCHEN von Schwarz	So. 7. 12.		
20.00	DIE KASSETTE von Sternheim			Keine Vorstellung
20.00	MY FAIR LADY von Lerner/Loewe (G)	Mo. 8. 12.	20.00	AMPHITRYON von Hacks
15.00	ROTKÄPPCHEN von Schwarz	Di. 9. 12.		
18.00	ROTKÄPPCHEN von Schwarz		20.00	ALLES IM GARTEN von Albee
20.00	LEBEN UND TOD RICHARDS DES ZWEITEN von Shakespeare	Mi. 10. 12.		Keine Vorstellung
20.00	4. HAUPTKONZERT	Do. 11. 12.	20.00	DIE ANTIGONE DES SOPHOKLES von Brecht
15.00	ROTKÄPPCHEN von Schwarz	Fr. 12. 12.		
20.00	4. HAUPTKONZERT (Wiederholung)		20.00	DIE ANTIGONE DES SOPHOKLES von Brecht
15.30	ROTKÄPPCHEN von Schwarz	Sa. 13. 12.		Keine Vorstellung
20.00	ONKEL WANJA von Tschechow			Keine Vorstellung
15.00	ROTKÄPPCHEN von Schwarz	So. 14. 12.		Keine Vorstellung
18.00	ROTKÄPPCHEN von Schwarz			
20.00	DER KAFFEEHAUS-POLITIKER von Fielding zum letzten Mal	Mo. 15. 12.	20.00	AMPHITRYON von Hacks
20.00	DIE KASSETTE von Sternheim	Di. 16. 12.		Keine Vorstellung
20.00	LEBEN UND TOD RICHARDS DES ZWEITEN	Mi. 17. 12.		Keine Vorstellung

g. V. = geschlossene Vorstellung
(G) = Aufführung des Musiktheaters im Revier
Karten für Studierende 50 % ermäßigt. Anrechtscheine auf Ermäßigung sind im Sekretariat der Studentenschaft erhältlich (Baracke 8, hinter der Mensa).

Offener Brief an den Rektor

Geheimhaltung von Berufungsangelegenheiten betreffend

Sehr geehrter Herr Faillard!

Mit Bedauern stelle ich fest, daß in der Ausgabe Nr. 14 des Presseorgans des Rektorats „Der Bericht" eine Stellungnahme zu der vom „Wohlfahrtsausschuß" herausgegebenen Broschüre über Berufungspolitik in der Abt. VIII enthalten ist, die völlig die Problematik verkennt, die durch diese Broschüre aufgedeckt worden ist.

Es mag richtig sein, daß die Vertreter aller Gruppen dem Art. 26 Abs. 3 der Verfassung zugestimmt haben, der die Vertraulichkeit von Personalangelegenheiten regelt. Das Material aber, das in o. g. Broschüre veröffentlicht wurde, beweist doch aber, daß diese Regelung überprüft werden muß. Es beweist, daß das Entscheidungsmonopol der Professoren zu einer einseitigen und abenteuerlichen Personalpolitik in bezug auf Berufungen geführt hat. Es beweist weiterhin, daß die erstellten Gutachten völlig wertlos sind, weil keines der Gutachten einer Prüfung mit wissenschaftlichen Kriterien standhalten kann. Vielmehr gehen die Gutachten von irgendwelchen Zufallskriterien aus (vgl.: die Zusammenstellung unter CI). Die Konsequenzen einer auf solchen Voraussetzungen beruhenden Berufungspolitik bestehen z. B. darin, daß immer noch ein gewisser Herr Papalekas Professor an dieser Universität ist. Papalekas hat die „Ehre", inzwischen auf einen Lehrstuhl der jur. Fakultät der Universität Athen berufen worden zu sein. Diese Fakultät hat sich des öfteren zu dem faschistischen Regime in Griechenland bekannt. Herr Papalekas hat sich bisher noch nicht dagen gewehrt, in einem Staat Professor zu sein, in dem die politische Opposition in Konzentrationslagern gefoltert wird. Aber auch die letzten Veröffentlichungen der „Bochumer Studentenzeitung" über die Personalpolitik an der Ruhr-Universität sollten Anlaß geben, die bestehende Situation schnellstens zu verändern. Die Äußerung des Vorstandsmitglieds Christian Holtgreve ist in einem Punkt falsch wiedergegeben: Selbstverständlich begrüßt es der AStA, daß der Wohlfahrtsausschuß Dokumente dieser Art der Öffentlichkeit bekannt gibt. Der AStA, der gem. § 3 seiner Satzung die studentischen Interessen in Fragen des Studiums vertreten muß, kann diese Aufgabe nur wahrnehmen, wenn er durch die Unterstützung der Berufungsbroschüre die Studenten darüber informiert, wie über ihre Köpfe hinweg immer noch alleine von Professoren die abenteuerlichsten Beschlüsse gefaßt werden. Um weiteren Schaden von unserer Universität abzuwenden, fordere ich Sie auf, Ihren Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung zurückzuziehen.

Die Probleme dieser Universität werden nicht durch Gerichtsbeschlüsse und Polizeimaßnahmen, sondern nur durch die Berücksichtigung der legitimen Interessen aller Gruppen an der Universität gelöst. Die Studenten werden nicht untätig weiter zusehen können, wie auch in Zukunft bei so wichtigen Fragen wie z. B. Berufungen ohne Berücksichtigung studentischer Interessen entschieden werden soll.

Ich erlaube mir, diesen Brief in der nächsten Ausgabe der BSZ zu veröffentlichen.

Mit freundlichem Gruß
für das AStA-Kollektiv
Meinhard Starostik

Abt. VII:

Marxist. Lehrstuhl?

Der Assistent der Abt. Wirtschaftswissenschaft Dr. Hüttner in seiner Vorlesung über Wirtschafts- und Sozialkunde (ca. 500 Hörer):

(bei Nennung der Literaturliste) „Wichtig ist auch Claessens-Klönne-Tschoepe: Sozialkunde der BRD. [2]1968. Allerdings muß ich zwei Einwände dagegen erwähnen:
1. die Verfasser stehen sehr weit links;
2. sie sind Soziologen."

(in der Einleitung seiner Vorlesung, nachdem er mehrfach betont hatte, daß die „Marxisten" die „traditionelle" Dreiteilung der Wirtschaftsstruktur in die „Produktionsfaktoren" Boden, Arbeit, Kapital negierten — er verwies hier als Beispiel auf Lassalle, für den Kapital = geronnene Arbeit ist —, glaubte er doch, auch Werner Hofmann nicht unerwähnt lassen zu dürfen)

„W. Hofmann: Grundelemente der Wirtschaftsgesellschaft — nun, dieses Buch brauchen Sie sich nicht zu merken. Ich habe es mit Absicht vorhin nicht genannt, da es nicht von der traditionellen, sondern von der marxistischen Auffassung ausgeht und, wenn Sie das lesen, Ihnen das in der Prüfung nicht gerade nützt, wollen wir's mal so sagen."

Auf ihrer vertagten ordentlichen Fachschaftsvollversammlung am 2. Dezember forderten etwa 200 Studenten der Abt. Wirtschaftswissenschaften (bei nur 11 Gegenstimmen) die sofortige Einrichtung eines Lehrstuhls für marxistische Wirtschaftstheorie.

Brockmeyer-Nachhall

Der Funktionär Kuhn der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), Zweigstelle Bochum, hat der BSZ-Redaktion für ihre Aktivitäten zur Durchsetzung der Forderungen der Angestellten und Lehrlinge in Brockmeyers Unifiliale (Brockmeyer-Artikel in Nr. 52, Brockmeyer-Moratorien, bei denen jeweils ca. 500 Studenten vor der Buchhandlung diskutierten) ausdrücklich gedankt.

Als jedoch in der letzten Woche eine Betriebsversammlung in Brockmeyers Hauptgeschäft stattfand, hielt er es für nötig, gleich eingangs unaufgefordert sich von den Vorgängen zu distanzieren. Wollte er bei Arbeitgeber Brockmeyer und dem ihm ergebenen Teil der Angestellten gut Wetter für seinen Klub machen?

Eingestimmt auf Brockmeyers Generosität (hatte er doch großzügig den Gefeuerten bis zum Jahresende bezahlten Urlaub gewährt) wurde denn auch ein entsprechender Betriebsrat ins Leben gerufen, der sich gewiß fürsorglich seiner Schäfchen annehmen wird.

Die erste „Aktion" der auf diese Weise neu konstituierten Belegschaft bestand in einer gewiß äußerst spontanen und freiwilligen Solidaritätserklärung für Vater Brockmeyer.

Kampf gegen das Hochschulgesetz

Fortsetzung von Seite 1

matik der Kollektive ist aber eine generelle, so daß sich auch hier die Notwendigkeit ergibt, die Bedeutung der Diskussion der Studienkollektive auf gesamtuniversitärer Ebene zu unterstreichen.

Wenn wir die richtige Politik verfolgen, in den Abteilungen Machtpositionen gewinnen und die Masse der Studenten mobilisieren, dann werden sich die Auseinandersetzungen auf immer zentralere Ebenen verlagern, d. h. es wird möglich sein, unter Ausnutzung der erreichten Erfolge die Auseinandersetzung zu verschärfen durch Zentralisation und Eskalation der Mittel! Durch Streik an dieser und möglichst an allen Hochschulen Nordrhein-Westfalens.

Zur Vorbereitung dieses Ziels wird die Informationskampagne auf universitärer Ebene weitergeführt werden. Der anläßlich der Vollversammlung konstituierte Vorbereitungsausschuß wird diese bisher nur vom AStA geführte Kampagne intensiver weiterführen.

Der AStA hat schon vor zwei Wochen Kontakte mit den anderen Hochschulen aufgenommen, die sich ähnlich wie wir auf den Kampf gegen das Hochschulgesetz vorbereiten.

Eine weitere entscheidende Komponente gewinnt unser Kampf durch die richtige Bündnispolitik. Der gemeinsame Widerstand mit den demokratischen Teilen des Lehrkörpers und den Arbeitern und Angestellten wird unsere Macht erheblich stärken. Wir müssen deshalb schon jetzt in den Abteilungen dieses Bündnis herstellen, wenn es z. B. um die paritätische Beteiligung der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter in den Entscheidungsgremien geht. Die Beispiele zu der Möglichkeit eines solchen praktischen Bündnisses ließen sich beliebig fortführen (Bezahlung der Uni-Angestellten und der studentischen Hilfskräfte, Abbau hierarchischer Strukturen etc.) die BSZ berichtet seit einigen Wochen über solche Beispiele.

Gerade durch die Einheitsfront verschiedener Gruppen kann auch deutlich werden, daß es uns nicht um die Erhaltung unserer Privilegien geht, sondern um den Widerstand gegen die Disziplinierung und Formierung des gesellschaftlichen Teilbereichs Universität.

Der Augen Wille:

die Heinen · Brille
Bochum, Kortumstraße 45
u. Ruhrpark-Einkaufszentrum

Olympia
Schreibmaschinen
Sonderangebote, Miete, Mietkauf
WYWIAS- Bochum - Südring 19

ORIGINAL-AMERIKANISCHER PFEIFENTABAK WIRD IN DEUTSCHLAND HERGESTELLT · DURCH ZOLLERSPARNIS NUR
RUM and MAPLE 2.50 DM
Gratisprobchen · PLANTA · Berlin 61

TRIUMPH -tippa
Kleinschreibmaschine
mit Garantie DM 149,—
+ MWST.
Werksvertretung:
Hoffmann & Co.
Bochum – Viktoriastraße 71
Ruf: 1 30 21 / 22

Kiel:

KLASSENKEILE

Schlimmes wußte die bürgerliche Presse in der vergangenen Woche aus Kiel zu berichten: Ein Rektor war geschlagen, verletzt in ein Krankenhaus eingeliefert worden, während bzw. nachdem Studenten eine Senatssitzung gesprengt hatten. Obwohl nach übereinstimmenden Aussagen von Studenten und Professoren nicht festzustellen war, wer geschlagen hatte und ob mit oder ohne Vorsatz, — für einige war die Sache schnell zusammengereimt. So intonierte Schleswig-Holsteins Landpfleger Lemke zwei Tage nach der Tat, am Donnerstag letzter Woche, den Hit (engl.: schlagen) verdächtigen Schrei nach Ruhe und Ordnung, war ihm doch der im Gewühl getätigte anonyme Schlag Beweis genug, um die differenzierte, von hohem analytischen Bewußtsein zeugende Aussage zu machen, daß dies Vorkommnis den endgültigen Beweis für die Existenz radikaler Kräfte in der Bundesrepublik sei, usw.

Über die Ereignisse und ihre Bedingungen, deren vorläufiger Endpunkt der ominöse k.o.-Schlag war, weiß die Presse nur sehr spärlich zu berichten; man findet in ihr mit wenigen Ausnahmen so gut wie nichts über die im folgenden geschilderte Entwicklung der Auseinandersetzungen:

Montag, 24. 11.: Die Studenten forderten die Freistellung eines Sitzungssaales; der Institutsleiter, Prof. Halbsgut, verweigert den Studenten den Institutsraum: Studenten besetzen daraufhin das Institut. Prof. Halbsguth ruft die Polizei aufs Unigelände; die Studenten räumen das Institut kampflos.

Dienstag, 25. 11.: Der Kieler AStA ruft zu einer Solidaritätskundgebung auf; ca. 1000 Studenten solidarisieren sich, protestieren gegen Unileitung und „Polizei auf dem Campus". Die Studenten verlangen, das Audimax zur Verfügung gestellt zu bekommen; der Rektor, Prof. Weisbecker lehnt ab, da im Audimax eine Senatssitzung stattfinden werde. Die Studenten besetzen das Audimax, „um die Öffentlichkeit der dort begonnenen Senatssitzung herzustellen." Als der Rektor die Sitzung abbricht und den Saal verlassen will, kommt es zu einem Handgemenge. Der Rektor wird von einem Schlag in den Magen getroffen und muß mit einem Bauchtrauma und einem Kollaps ins Krankenhaus gebracht werden.

Mittwoch, 26. 11.: Der AStA erhebt in einem Flugblatt den Vorwurf, ein Teil der Ordinarien habe den „bedauerlichen, von uns in keiner Weise beabsichtigten Kollaps Weisbeckers zum Anlaß (genommen), mit wilden Haßtiraden gegen die Linken verschärfte Pogromstimmung zu erzeugen"; eben jene Ordinarien böten dem Rektor jetzt „heuchlerische Solidarität" an, die ihn eben noch als „roten Rektor" aus dem Rektorat hinauszukatapultieren versucht hätten. Am Nachmittag wird auf einer Senatssondersitzung einstimmig beschlossen, den Vorlesungsbetrieb für den Rest der Woche einzustellen, statt dessen die Ursachen und Folgen der Universitätsmisere zu diskutieren. In einer Resolution gibt der Senat ferner seiner Empörung über die Tätlichkeit („physische Gewalt") zum Ausdruck. (p. s.: Während der Juni-Streiks an der Kieler Uni konnte der Senat sich nicht auf einen „Ausdruck der Empörung" einigen; Polizeiknüppel, Drahtverhaue und Reiterstaffeln fallen also offensichtlich nicht in die Kategorie „physische Gewalt".)

Montag, 1. 12.: Der Unibetrieb läuft wieder, Rektor Weisbecker, aus dem Krankenhaus entlassen, interpretiert die Tatsache „Magenhaken" als Zufälligkeit und unterstellt dem anonymen Schläger keine böse Vorsätzlichkeit.

Bleibt die Frage: War es ein „linker" Haken eines Rechten oder der Haken eines Linken zur rechten Zeit?

Nötigung

Der Kommilitone Werner Müller hatte sich zum WS 69/70 bei der Zentralen Registrierstelle für Medizinstudenten in Hamburg (ZRM) auf zwei Anträgen um einen Studienplatz für Medizin beworben.

Eigenmächtig hatte die ZRM den Antrag, der Bochum an erster Stelle in der Präferenz auswies, zurückgehalten.

Unser Kommilitone legte darauf am 2. 10. 69 Widerspruch ein und wandte sich an das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen.

Das Gericht traf zwar die Feststellung, daß das Vorgehen der ZRM juristisch nicht in Ordnung war: sinngemäß heißt es im Urteil, daß eine „Fiktion", nach der die ZRM bzw. die Uni berechtigt sei, einen Antrag aus dem Verkehr zu ziehen, sprich: in den Papierkorb zu werfen, nicht existiere, Student Müller jedoch erhielt keinen Studienplatz zugewiesen, da das Gericht den Äußerungen des Prof. Wiemer, es seien nur 50 Studienplätze vorhanden (andere sprechen von 64), mehr glaubte als den Äußerungen, die Rektor Faillard und einige Dekane auf einer Senatssitzung über die mangelhafte Berechenbarkeit der Arbeitsplätze in den naturwissenschaftlichen Fächern gemacht hatten (Vgl. BSZ Nr. 52).

So weit die bisher bekannten Fakten im Rechtsstreit Müller ./. Ruhr-Universität.

Seitens der Medizinordinarien wurde dem Studenten, der beabsichtigt, in die zweite Instanz zu gehen, „angeraten", seinen Widerspruch zurückzuziehen. Und zwar geschah das so: In einem Gespräch zwischen Müller und Prof. Wiemer/Dekan Keyl behauptete Wiemer, Müller habe offensichtlich einen Betrug begangen. Dekan Keyl wies auf die Strafbarkeit hin und erklärte, der Universität läge nichts daran, Strafantrag zu stellen, falls Müller den Widerspruch zurücknähme. Damit ist der Strafbestand der Nötigung gegeben.

Doch nicht genug damit: noch vor Gericht sprach Wiemer davon, der Student habe einen Betrug begangen, weil er sich auf zwei verschiedenen Anträgen bei der ZRM beworben habe, wogegen sich dessen Anwalt jedoch sofort aufs schärfste wandte.

Auf Anraten des AStA erwägt Müller, ob er gegen Dekan Keyl Strafantrag wegen Nötigung stellen soll.

TERMINE
Freitags 19 Uhr: SDS-MV, Baracke IX (SDS-Raum)
Samstags 15 Uhr: SDS-Schulung, Baracke I (Psop-Raum)
15. Dezmber: Vietnam-Teach-in (Ort und Zeit werden noch bekanntgegeben)

Bochumer Studenten Zeitung

Herausgeber: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität

Redaktion: Stefan Bock, Klaus Dillmann, Norbert Otte, Jörg Reimann

Zeichnungen: Krisch

Anzeigenleitung: Christine Schipplick

Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 66 (Ruhr-Universität)

Bankverbindungen: Städt. Sparkasse Bochum, Nr. 720 666; Westfalenbank AG, Bochum, Nr. 90 685 9

Auflage: 8000 Exemplare

Druck: Schürmann & Klagges, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16

Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum, Lennershofstraße 66, Tel. 51 18 55 u. 399 2416.